

Kurt Nelhiesel
Das Geheimnis der Fünften Kolonne
Kleine Nachhilfe für Unkundige

Meine Damen und Herrn, vielleicht möchten Sie wissen, weshalb ich heute über die Fünfte Kolonne Hitlers und die historische Schuld ihrer Wortführer spreche. Das hat unter anderem damit zu tun, dass ich aus der Heimat dieser Leute stamme und dass sich heute zum 75. Male der Tag jährt, an dem ein konservativer Reichspräsident Deutschland jenem Hitler ausgeliefert hat, der fünf Jahre später mein Geburtsland, die Tschechoslowakische Republik, überfiel und kurz darauf den zweiten Weltkrieg vom Zaune brach.

Als einer, der die schmerzlichen Folgen dieses Verbrechens am eigenen Leibe verspürt hat, möchte ich das Dunkel ein wenig lichten, das über dem Begriff Fünfte Kolonne liegt. Und ich möchte klarstellen, welche Rolle sie bei der Einverleibung des so genannten Sudetenlandes durch Nazideutschland gespielt hat. Sollte ein Gast aus dem benachbarten Haus der Schlapphüte Interesse an der Nummer meines Ausweises für Vertriebene und Flüchtlinge haben, dann will ich sie gleich nennen. Sie lautet 5934/7563.

Das erwähnte Gebiet liegt nicht irgendwo auf dem Balkan, sondern in unmittelbarer Nachbarschaft. Ich erwähne das deshalb, weil ich in Gesprächen den Eindruck gewonnen habe, dass allein schon die geografische Zuordnung der Tschechischen Republik, heute verkürzt als Tschechien bezeichnet, mitunter gewisse Schwierigkeiten bereitet. Manche verwechseln gelegentlich Tschechien mit Tschetschenien oder Slowenien.

Deutsche aus dieser Gegend haben schon immer gewisse Irritationen hervorgerufen. Ich erinnere mich, dass Wehrmatsangehörige aus dem Sudetenland, das nach Hitlers Einmarsch als Reichsgau Sudetenland firmierte, scherzhaft „Sudetengauner“ genannt wurden. Was die Kameraden aus dem Reich damit sagen wollten, lasse ich einmal dahingestellt. Vielleicht waren ihnen diese „Beutedeutschen“, die sich Adolf Hitler 1938 verzückt in die Arme geworfen und dabei lauthals „Wir wollen heim ins Reich“ geschrien haben, nicht ganz geheuer.

Im Nachhinein mutet dieses Verhalten in der Tat merkwürdig an. Deutschland war damals ein diktatorisch regiertes Land ohne demokratische Freiheiten, überzogen mit einem Netz von Konzentrationslagern. Ausgerechnet dieses Land, in dem die Menschenrechte mit Füßen getreten wurden, war das Ziel der Sehnsucht so vieler Sudetendeutscher. Dabei besaßen sie als gleichberechtigte Bürger des tschechischen Staates doch alle demokratischen Rechte und Freiheiten. Sie konnten ihren politischen Willen ungehindert bei freien Wahlen bekunden.

So kam es, dass sie sich bei der Kommunalwahl im Mai 1938 zu neunzig Prozent für die Sudetendeutsche Partei jenes Konrad Henlein entschieden, der später als Gauleiter von Hitlers Gnaden offen bekannte: „Um uns vor tschechischer Einmischung zu schützen, waren wir gezwungen zu lügen und unsere Ergebenheit für die Sache des Nationalsozialismus zu leugnen. Lieber hätten wir uns offen zum Nationalsozialismus bekannt. Es ist jedoch eine Frage, ob wir dann imstande gewesen wären, unsere Aufgabe zu erfüllen - die Tschechoslowakei zu vernichten.“ („Der neue Tag, 5. 3. 41)

Nicht alle machten sich mit der Stimmenabgabe für Henlein die Ziele der Nazis zu eigen. Viele reagierten nur ihren Ärger über tschechische Bevormundung ab. Es gab ja genügend nationalistisch verblendete Tschechen, die im Widerspruch zum Toleranzgebot des Staatsgründers Thomas Masaryk den Deutschen heimzahlen wollten, was sie selbst als unterdrückte Minderheit an Demütigungen einmal hatten hinnehmen müssen. Damit leiteten sie immer wieder Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher unter den dreieinhalb Millionen Deutschen, die der Tschechoslowakischen Republik bei ihrer Gründung 1918 in die Wiege gelegt worden waren und die nun als Minderheit neben einer tschechischen Mehrheit leben mussten.

Nach Meinung der deutschnationalen Scharfmacher besaßen die Tschechen kein Anrecht auf Loyalität, weil sie den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten hätten. Dieser Einwand ist noch heute zu hören. Aber die Siegermächte als Taufpaten des neuen Staates konnten den Völkern Europas wohl schwerlich zumuten, den Kriegsverlierer Deutschland mit einem territorialen Zuwachs zu belohnen; die Angliederung der deutsch besiedelten Randgebiete der Tschechoslowakischen Republik an das Deutsche Reich war schließlich das erklärte Ziel der Kampagne für das Selbstbestimmungsrecht.

Was es mit diesem Recht in Wirklichkeit auf sich hatte, offenbarte 40 Jahre später das Eingeständnis der ersten Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Rudolf Lodgman von Auen, das Selbstbestimmungsrecht einer Volksgruppe ende dort, wo das gleiche Recht einer anderen Volksgruppe vorliege, zumal wenn beide so miteinander verzahnt seien, dass eine Abgrenzung unmöglich werde.¹

Das vom amerikanischen Präsidenten Wilson 1919 als Teil einer internationalen Friedensordnung proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker war von Anfang an eine Schimäre, ein Trugbild, das die Mächtigen zu allen Zeiten als politisches Kampfmittel je nach Bedarf befürwortet oder abgelehnt haben. Als Hitler den Tschechen 1938 unter dem Tarnmantel des Münchner Abkommens einen Teil ihres Staatsgebietes wegnahm, war vom Selbstbestimmungsrecht des tschechischen Volkes nirgendwo die Rede. Seine gewählten Vertreter durften nicht einmal an den Konferenztisch. Sie wurden vor vollendete Tatsachen gestellt und mussten das Ergebnis wie rechtlose Heloten hinnehmen. Eine solche Demütigung vergisst kein Volk.

Wenn drei Nachbarn beschließen, einem vierten etwas wegzunehmen, ohne ihn auch nur anzuhören, dann ist das sittenwidrig. Eine solche Abmachung hat vor dem Recht keinen Bestand. Nicht von ungefähr hat die Bundesregierung das Münchner Abkommen bereits 1973 für nichtig erklärt. Das hinderte den bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber allerdings nicht, zwanzig Jahre später zu behaupten, das Münchner Abkommen sei „rechtswirksam zustande gekommen“. (FAZ 9.6.1992). Er machte sich damit den Standpunkt der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu eigen, die sich immer eine Hintertür für Entschädigungsforderungen offenhalten will.

Stoibers Haltung in dieser Frage ist ein Musterbeispiel für die kritiklose Übernahme der Geschichtsbilder, mit denen die Vertriebenenverbände seit Jahrzehnten hausieren gehen. Es sind die Bilder der Vokstumskämpfer alter Schule, geprägt von Überheblichkeit und Ressentiments. Für sie waren die Tschechen immer die „Pepiks“, ein minderwertiges Slawenvolk, zu nichts anderem geeignet als zu Dienstboten-Verrichtungen, dem es im übrigen noch nie so gut gegangen sei, wie zur Zeit der deutschen Herrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren. Anders als die Deutschen hätten sie dort ein „gesichertes Leben ohne Bomben und Krieg“ geführt, wie in einem sudetendeutschen Heimatblatt vor zwei Jahren nachzulesen war. (Riesengebirgsheimat Nov.2006, S.17)

Ähnlicher Ansicht ist auch die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach.. Nach ihren Worten haben die Tschechen unter der deutschen Besatzung „fast garnicht gelitten“. (Freie Umschau Mitteleuropa, www.hagalil.com). Was für ein Hochmut! So als hätte es Lidice nie gegeben, jenes Lidice, von dem Heinrich Mann sagte, wenn kein anderes, dann werde dieses Dorf das Andenken an eine Schreckensherrschaft verlängern.² Ist das die Richtung, in die das „Zentrum gegen Vertreibungen“ oder das, was von der ursprünglichen Idee übrig geblieben ist, nach den Vorstellungen von Frau Steinbach und ihrer Gesinnungsfreunde in den Unionsparteien weisen soll? Sollen so die Akzente gesetzt werden in den Lehrplänen über Flucht und Vertreibung, die nach Meinung der Vertriebenenverbände überfällig sind?

Mangelnde Geschichtskennis führt zwangsläufig zu mangelnder Sensibilität im Umgang mit der Geschichte. Nur wessen historischer Horizont in der Augenhöhe von Gartenzwerge verläuft, geht zum Beispiel bei dem Wort Fünfte Kolonne in Abwehrposition. Genau das war aber die Reaktion von Frau Steinbach, als der tschechischen Ministerpräsident Milos Zeman die Sudetendeutschen entspre-

¹Dr.Rudolf Lodgman: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: Der Donaauraum, Wien Heft 4/1958

²Heinrich Mann: Ein Zeitalter wird besichtigt, Claassen Verlag, Düsseldorf 1985, S.509

chend apostrophierte. Dass die Landsmannschaft mit einem Aufschrei der Empörung reagierte, war nicht verwunderlich. Aber Frau Steinbach? Und worauf soll man es zurückführen, dass sich auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder schützend vor die Sudetendeutsche Landsmannschaft stellte und von einer unzulässigen kollektiven Verdächtigung sprach?

Wer sich auch nur die Bilder der jubelnden Sudetendeutschen vor Augen hält, die Hitler und seine Wehrmacht als Befreier begrüßt haben, der wird die erwähnte Bezeichnung niemals als unzulässige Verdächtigung betrachten. Der tschechische Ministerpräsident hat seine Aussage übrigens später durch den Hinweis ergänzt, immerhin zehn Prozent der Sudetendeutschen seien der Demokratie treu geblieben und hätten sich den Nazis widersetzt.

Dieser demokratische Kern der Sudetendeutschen spielt im kollektiven Gedächtnis der Sudetendeutschen Landsmannschaft keine Rolle. Das Bild bestimmen die Jubler von einst. Das rührt daher, dass während des kalten Krieges die Bekämpfung des Naziungeistes in den Hintergrund trat und Gegnerschaft zum Kommunismus mit demokratischer Gesinnung verwechselt wurde. So bekamen die ehemaligen Gefolgsleute Hitlers und Henleins politisch wieder Oberwasser und gaben in der Landsmannschaft den Ton an. Auch sonst waren sie überall willkommen.

Ich werfe nicht alle Sudetendeutschen in einen Topf. Es gab vor dem Einmarsch der Wehrmacht viele Beispiele guten Zusammenlebens zwischen Deutschen und Tschechen. aber wahr ist auch, dass die Nazipartei nirgendwo größeren Zulauf hatte, als im Sudetenland. Bis zum Jahr 1942 waren von den dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen 510.458 aus eigenem Antrieb und ohne Zwang in die NSDAP geströmt, das waren 14,5 Prozent der gesamten Bevölkerung. Allein im Sudetenland hatte die NSDAP damit fast soviel Mitglieder, wie heute die CDU in ganz Deutschland. Deren Mitgliederzahl wurde auf dem jüngsten Parteitag mit 541.289 angegeben. Das entspricht 0,6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Ähnlich sieht es bei der SPD aus. (Mitgliederzahl im Oktober 2007: 567.925).

Mit 14,5 Prozent erreichte die NSDAP im Sudetenland ihre höchste Organisationsdichte. Im Reichsdurchschnitt lag sie bei 7,8 Prozent. Mehr als eine Million Sudetendeutsche wurden wegen ihrer Verdienste um den „Anschluss“ mit einer eigens dafür geschaffenen Medaille geehrt. Nirgendwo sonst konnte sich die Gestapo auf so viele freiwillige Spitzel und Denunzianten stützen wie im Sudetenland. Ein Bericht der Karlsbader Gestapo vom 24. Dezember 1940 an das Reichssicherheitshauptamt in Berlin bestätigt das auf anschauliche Weise. Trotzdem wird immer noch behauptet, die Sudetendeutschen hätten mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun haben wollen.

Dabei war der Wahn von der Überlegenheit der deutschen Rasse sozusagen ein Eigengewächs. Er hatte seine Wurzeln in den Köpfen von ein paar Leuten, die sich nicht damit abfinden wollten, dass die slawischen Völker nach einer eigenen staatlichen Identität strebten. Lange bevor Hitler seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ins Leben rief, gab es in Österreich und später in der Tschechoslowakischen Republik eine Partei ähnlichen Namens, die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Bei ihr hat Hitler abgeschrieben, hier suchte und fand er die Bestätigung für seinen Hass auf die Slawen und auf die Juden.

In Hitler fanden die sudetendeutschen Volkstumskämpfer nach dessen Machtübernahme den lange erhofften Bundesgenossen und Schutzpatron, der ihnen die Tschechen endlich vom Hals schaffen sollte. Als Ziel der Reichspolitik in Böhmen und Mähren proklamierte der Staatssekretär beim Reichsprotektor, Karl Hermann Frank, die „restlose Germanisierung von Raum und Menschen“. Rassisch „unverdauliche Tschechen und die reichsfeindliche Intelligenz sowie alle anderen destruktiven Elemente“ sollten - wie er sich ausdrückte - der „Sonderbehandlung“ zugeführt, also ermordet werden.

Während der Protektoratszeit fielen 120 000 Tschechen dem Naziterror zum Opfer, aber nach Meinung von Frau Steinbach haben die Tschechen unter der deutschen Besatzung „fast garnicht gelitten“. Das war kein Ausrutscher. Die Vertriebenenpräsidentin hätte nach eigenem Bekunden auch keine Probleme damit, bei offiziellen Anlässen die erste Strophe des Deutschlandliedes zu singen, so als klänge niemandem mehr das dröhnende „Deutschland, Deutschland über alles“ wie ein Echo aus der Hölle in den Ohren.

Wer als Kind eines deutschen Besatzungssoldaten im besetzten Polen zur Welt gekommen ist hat natürlich keine eigene Erinnerung an die Nazizeit. Bei der Flucht nach Deutschland war die kleine Erika zwei Jahre alt. Sie hat also vermutlich auch keine eigenen Erinnerungen an dieses Ereignis. Daraus ist ihr kein Vorwurf zu machen. Natürlich kann man sich historische Kenntnisse nachträglich aneignen, aber sie können eigene Erlebnisse nicht ersetzen. Immer übernimmt man, gewollt oder ungewollt, Schilderungen und Schlüsse anderer.

Im Fall der Vertriebenenpräsidentin ist es zum Beispiel die Sichtweise von Heinz Nawratil, dessen „Schwarzbuch der Vertreibung 1945 - 1948“ sie in einer Rezension (FAZ 8.Juni 1999) wärmstens empfohlen hat. Der Verfasser verlangt darin unter anderem die „Schaffung einer zentralen Ermittlungsstelle für Kriegs- und Nachkriegsverbrechen an Deutschen“ (S.195) so als gäbe es da einen Nachholbedarf. Der Name deutet darauf hin, dass damit die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen sprachlich konterkariert werden soll. Zur Vertreibung der Deutschen wird in dem Buch ausgeführt, ihrer wahrer Grund sei „ein archaischer slawischer Nationalismus“ gewesen, (S. 90) was Hitler sicher mit einem Triumphgelächter quittieren würde.

Adam Michnik, einen der einflussreichsten Intellektuellen Polens, hat vor zwei drei Jahren davon gesprochen, dass in Deutschland eine gefährliche Sinnverkehrung der Geschichte stattfinde. In „unüberlegter und inkompetenter Weise“ hätten sich Angela Merkel und Edmund Stoiber hinter die Forderungen der BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach gestellt und damit die Atmosphäre vergiftet. Dem tschechischen und dem polnischen Staat von deutscher Seite aus diktieren zu wollen, welche Gesetze sie abzuschaffen haben und welche nicht, sei „einfach unfassbar“ (<http://www.hagalil.com/archiv/2004/05/>)

Dieser Ärger hat eine lange Vorgeschichte. Bereits vor fast 30 Jahren registrierte die Frankfurter Allgemeinen Zeitung (vom 29. 1. 1979) polnische Befürchtungen wegen einer - wie es hieß - „nationalistischen Revision“ der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik. Immer öfter und immer verwegener würden Wahrheiten über die neueste deutsche Geschichte in Frage gestellt und deutsche Leiden hervorgehoben. Immer weniger sei von deutscher und immer mehr von fremder Verantwortung die Rede. Was früher nur bei offen neonazistischen Strömungen zu finden gewesen sei, das Suchen nach mildernden Umständen, Rechtfertigungen und Mitschuldigen, trete immer mehr auch in der konservativen Strömung der Geschichtsschreibung auf.

Diese Schlusstrichmentalität hat nach der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik auf erschreckende Weise zugenommen. Dabei sollte doch „die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer

Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa“ sein, wie es im sogenannten Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990 so schön heißt. Und heute muten gewisse Leute unseren Nachbarn zu, sie sollten Mord und Vertreibung durch die Nazis hintan zu stellen und endlich ein mea culpa wegen der Vertreibung der Deutschen sprechen. Soll die Erinnerung an Auschwitz etwa zugedeckt oder verschmolzen werden mit der Erinnerung an Bombennächte und Vertreibung? Soll nicht mehr von den Tätern die Rede sein, sondern nur noch von Opfern? Wer das will, zerstört das moralische Fundament, auf dem die Bundesrepublik Deutschland gegründet worden ist. Eine solche Revision der Geschichte verstieße unter anderem gegen Artikel 139 des Grundgesetzes, der die Absage an Nationalsozialismus und Militarismus festschreibt.

Ein wenig scheint Erika Steinbach zu ahnen, wie rutschig der Boden ist, auf dem sie sich mitunter bewegt. Nicht von ungefähr, so scheint es, wollte sie einer Journalistin gerichtlich verbieten lassen, das gepante Zentrum gegen Vertreibungen irgendwie in Verbindung zu bringen mit dem Mahnmahl für die ermordeten Juden Europas. Aber diese gedankliche Nähe hat sie selber geschaffen. Laut Urteil des Landgerichts Hamburg (vom 25. 6. 2004) steht nämlich folgender Sachverhalt fest: „Als der Bundestag 1999 beschloss, in Berlin ein Mahnmahl für die ermordeten Juden Europas zu errichten, forderte

Erika Steinbach, dass auch die deutschen Vertriebenen ihr Mahnmal in Berlin bekommen müssten.“
(http: / www.buskeismus.de)

1

Was da ausgesprochen wurde, stimmt mit den politischen Aussagen der Sudetendeutschen Landsmannschaft völlig überein. Sie stellt die Vertreibung seit Jahren auf eine Stufe mit dem Holocaust, dem Massenmord an den Juden. Das Motto des Sudetendeutschen Tages 2006 lautete: „Vertreibung ist Völkermord“. Lange bevor das dreiste Gerede der Neonazis vom „Bombenholocaust“ und „Vertreibungsholocaust“ einsetzte, hat der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete und langjährige Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Dr. Walter Becher, 1979 sein „Holocaust war überall“ in die Welt posaunt, womit er das Jahrhundertverbrechen an den Juden zu einer beliebigen Missetat herabstufte, die es anderswo auch gegeben habe

Gab es deswegen einen Aufschrei der Empörung? Nein. Wer sich auf die richtige Seite schlägt, oder sollte ich vielleicht sagen, wer sich auf die rechte Seite schlägt, dem werden alle Sünden verziehen. Als Kulturredakteur eines Naziblattes verlangte Walter Becher die „allgemeine Entjudung“ als „erste Voraussetzung für den Neuaufbau des sudetendeutschen Kulturlebens“. Thomas Mann, Lion Feuchtwanger und Franz Werfel waren für ihn „parasitäre Erscheinungen am Rande der deutschen Kultur“ Fünfzig Jahre später nannte er die deutsch-tschechische Versöhnungserklärung, die die Unterschrift von Helmut Kohl trägt, eine „groß angelegte Täuschungsaktion der Prager Beneschisten“, assistiert von der Vertriebenenpräsidentin, nach deren Worten die Bundesregierung damit eine „un glaubliche Torheit“ begangen hat.

Gelegentlich hat Erika Steinbach ihre umstrittene Idee eines Zentrums gegen Vertreibungen mit dem Hinweis gerechtfertigt, dass auch ein so profilierter Sozialdemokrat wie Peter Glotz das Vorhaben unterstützte. Das machte die Sache aber nicht besser. Peter Glotz, der inzwischen verstorben ist, wuchs in Prag auf, wo sein Vater „damals der ‘Besitzer’ eines kleinen arisierten Betriebes für Gasmasken“ war. So steht es in seinem politischen Tagebuch „Die Jahre der Verdrossenheit“ auf Seite 191. Sein Vater war also Nutznießer der Zwangsenteignung jüdischer Betriebe. Mit seiner Mutter verließ er als kleiner Junge nach Kriegsende die Tschechoslowakei.

Nach eigenem Bekunden interessierte sich Glotz jahrzehntelang nicht für seine Herkunft. Das änderte sich erst, als er 1980 ins SPD-Präsidium gewählt und zum Sachverständigen für die Tschechoslowakei bestimmt wurde. Mit seiner Einschätzung, es sei unhistorisch, die Vertreibungen „als Ergebnis der Nazis darzustellen“ und die Sudetendeutschen als Fünfte Kolonne Hitlers zu bezeichnen, lag er ganz auf der Linie der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Das lasse ich hier unkommentiert stehen, sozusagen als Nachtrag zu der seltsamen politischen Liaison zwischen Peter Glotz und Erika Steinbach.

Die Sozialdemokraten haben sich in der Nachkriegszeit nie weit von den Forderungen der Vertriebenenverbände entfernt. Im Gegenteil. Sie haben sie immer wieder tatkräftig unterstützt, so zum Beispiel als sie 1961 im revisionistischen Tonfall verkündeten: „Wiedergutmachung der Vertreibung heißt: Rückkehr der Vertriebenen.“ Diese Anpassung nach rechts hin hat Hermann Kesten bereits 1942 während des Exils in Amerika mit den Worten gegeißelt, die „verderbliche Rücksichtnahme“ auf die „Empfindlichkeiten der Nationalisten“ sei stets „einer der Hauptfehler gewisser Sozialdemokraten gewesen“.³

Wer wie ich Entwurzelung und Heimatverlust am eigenen Leibe erlebt hat, der kann den Missbrauch von persönlichen Schicksalen zu politischen Zwecken nur mit tiefem Unbehagen betrachten. Was mich betrifft, so denke ich bei dem Wort Vertreibung auch an jene Deutschen, die - lange vor allen anderen - von den Nationalsozialisten aus politischen oder rassistischen Gründen vertrieben worden sind. Ihnen wird bis auf den heutigen Tag nicht der gebührende Platz eingeräumt in der Erinnerungskultur derer, die ihre speziellen Geschichtsbilder pflegen und so tun, als sei nur ihnen Unrecht widerfahren.

³Hermann Kesten (Hg.): Deutsche Literatur im Exil, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1973, S. 168

Verstreut über die ganze Erde haben diese Vertriebenen den Verlust ihrer Heimat ebenso beweint wie jene, die später immerhin unter Menschen deutscher Zunge bleiben konnten. Für die meisten dieser 150 000 Menschen bedeutete das Leben in der Fremde ein Leben ohne Geld, ohne Familie, ohne Freunde, misstrauisch beäugt von den Behörden des Gastlandes und ohne Aussicht auf Zahlungen nach einem Lastenausgleichsgesetz. Über den Schmerz dieser Menschen liest man nichts. Vergeblich sucht man zum Beispiel eines der Heimweggedichte dieser Vertriebenen in der gängigen Vertriebenenliteratur.

Aber was ist eigentlich auszusetzen an Zeilen wie diesen: „Die Straßen, die im Traum ich seh, die Wege, die ich wachend geh, sie führen alle heim.“ Oder: „Wir gingen und im Herzen sang es: Trinkt! O trinkt noch mehr! Wir sehen uns wer weiß wie lang, wer weiß wie lang nicht mehr.“ Der dies im Exil niederschrieb heißt Louis Fürnberg. Ein Deutscher, aufgewachsen in Karlsbad und Prag, ein Kommunist allerdings, ein jüdischer obendrein, von Konrad Henlein schon früh in Acht und Bann getan, 1937 auf einer Kulturkonferenz seiner Partei im nordböhmischen Reichenberg. Für so einen ist auch nach 70 Jahren kein Platz.

Ich weiß, wovon ich rede: Ich war Neunzehn, als ich am 20. September 1946 in mein Tagebuch schrieb: „Es ist so weit. Zum letzten Mal sitze ich an diesem Fenster und schreibe. In mir ist ein so starker Schmerz, dass ich ihn körperlich spüre. Noch zwei Tage bin ich daheim. Noch 48 Stunden höre ich unsere alte Uhr ticken. Noch zweimal werde ich hier den Tag kommen und gehen sehen - dann werde ich gehen.“ Am 1. Oktober 1946 hatte unser Aussiedlungstransport nach mehrtägiger Fahrt Neu-Ulm erreicht. Dort notierte ich während eines Zwischenaufenthaltes: „Noch immer kann ich nicht fassen, dass ich von daheim fort musste. Ein Wahnsinn ist das Ganze, ein zum Himmel schreiendes Verbrechen.“

Mich traf der Heimatverlust auch deshalb so schwer, weil mein Vater zu den sudetendeutschen Hitlergegnern gehörte. Er war seiner demokratischen Gesinnung auch während der Nazizeit treu geblieben und stand im Kontakt mit Leuten aus dem tschechischen Widerstand. Nie werde ich vergessen, wie mein Vater, den ich noch nie hatte weinen sehen, beim Verlassen des Hauses mit knirschenden Zähnen vergeblich versuchte, seine Tränen zurück zu halten.

An mangelnder Liebe zur Heimat lag es wahrlich nicht, dass ich auf Distanz blieb zum organisierten Flüchtlingsbetrieb. Ich sah die Wortführer der Vertriebenen auf einem Weg, dem ich nicht folgen wollte. In einer Publikation unter dem Titel „Die Henleins gestern und heute“ habe ich sie bereits vor 45 Jahren alle mit Namen genannt. Keiner von ihnen hat meiner „Anklage gegen die ehemaligen Führer der ‘Fünften Kolonne’ Hitlers“, wie ich die Schrift damals genannt habe, in irgendeiner Weise widersprochen. Auch nicht die Bundesregierung, der ich damals vorwarf, „sich mit den politischen Zielen und revanchistischen Forderungen der Landsmannschafts-Funktionäre zu identifizieren“.

Was den Begriff „Fünfte Kolonne“ angeht, so möchte ich abschließend jemanden zu Wort kommen lassen, der bei Frau Steinbach hoch im Kurs steht, den amerikanischen Historiker und Völkerrechtler Alfred M. de Zayas, einen Kritiker der alliierten Politik nach dem zweiten Weltkrieg. In seinem Buch „Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen“ (C.H.Beck, München 1977, S. 28) verweist er darauf, dass sich die Teilnahme von Personen deutscher Volkszugehörigkeit an illoyalen Aktionen oder Verschwörungen vor dem Krieg in Polen und in der Tschechoslowakei dokumentarisch belegen lasse.

Der Begriff Fünfte Kolonne hat nach der Schilderung de Zayas seinen Ursprung im spanischen Bürgerkrieg. General Emilio Mola Vidal habe ihn geprägt, ein Mitstreiter General Francos.. Mola marschierte seinerzeit mit vier Kolonnen auf das von den Republikanern gehaltene Madrid zu. Die Sympathisanten der Nationalen in der spanischen Hauptstadt habe Mola als seine „Fünfte Kolonne“ bezeichnet.

Nach dieser Definition kann überhaupt nicht zweifelhaft sein, welche Rolle die Sudetendeutschen mehrheitlich gespielt haben, als Hitler seine Kolonnen in Marsch setzte. Viele von ihnen waren ja

nicht bloß Sympathisanten. 40.000 wehrfähige Männer schlossen sich als Bürger des tschechischen States dem von Deutschland aus operierenden Sudetendeutschen Freikorps an, einer bewaffneten Terrortruppe, die durch Überfälle auf tschechische Grenzeinrichtungen und andere Provokationen jene bürgerkriegsähnliche Atmosphäre schuf, die Hitler für sein Münchner Erpressungsmanöver zur Losreißung der tschechischen Randgebiete brauchte.

Bei insgesamt 239 derartigen Aktionen wurden 110 Menschen ermordet. An der Finanzierung des Freikorps hat sich auch jenes deutsche Unternehmen beteiligt, das später so schamlos von der Häftlingsausbeutung in Auschwitz profitiert hat, nämlich die IG Farben Industrie. Einer ihrer Direktoren, Dr. Fritz ter Meer, bestätigte als Zeuge im Flickprozess, dass 100 000 Reichsmark an das Sudetendeutsche Freikorps geflossen sind.

Vielleicht werden wir eines Tages auch erfahren, wieviel Millionen Dollar an die UCK des Hashim Taci geflossen sind, der mit seiner albanischen Befreiungsarmee den Konflikt um das Kosovo isnzernierte. Das nur am Rande.

Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch wäre bei den Alliierten des zweiten Weltkriegs vermutlich nur schwer mit dem Argument durchgedrungen, die Sudetendeutschen müssten als unverbesserliche Störenfriede für immer abgeschoben werden, wenn sie ihm nicht selbst tausend Gründe geliefert hätten und wenn ihm der Weg nicht von Hitler durch den Krieg und die damit verbundenen schrecklichen Ereignisse geebnet worden wäre. Diesen Zusammenhang zwischen Krieg und Vertreibung wollen viele nicht sehen. In der Heimatzeitschrift der Riesengebirgler las ich unlängst sogar den Satz: „Der Krieg war grausam, für jeden sehr schwer, doch Vertreibung war schlimmer als alles vorher.“ Was für ein bizarres Fazit!

Die Alliierten betrachteten die Vertreibung der Sudetendeutschen „als eine Form kollektiver Bestrafung“,⁴ als „eine Sanktionsform, die vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und dem Leiden der Kriegsjahre verständlich wird“,⁵ wie Marion Frantziach in ihrem Buch „Die Vertriebenen“ anmerkt. Wer die Aufhebung der Beneschdekrete verlangt, mit denen die Vertreibung und die damit verbundenen Verbrechen nachträglich sanktioniert wurden, der verlangt die Annullierung von Entscheidungen, die die USA, Großbritannien und die Sowjetunion nach der Niederwerfung des deutschen Faschismus gemeinsam gefällt haben. Niemand kann doch allen Ernstes erwarten, sie würden, nachdem sie die Mörder von Lidice, Oradour, Babi Jar, Belzec, Treblinka, Majdanek, Sobibor und Auschwitz geschlagen haben, ein halbes Jahrhundert später ihr Urteil korrigieren und quasi einer Verrechnung der Gaskammeropfer mit den Vertreibungsoffern zustimmen.

Meine frühe Kritik an den Vertriebenenfunktionären resultierte aus der Erkenntnis, dass die nationalistischen Scharfmacher, die das Elend des Krieges und der Vertreibung mit heraufbeschworen haben, mit ihrer ewigen Nörgelei und Rechthaberei die Aussöhnung mit unseren Nachbarn behinderten. Da wurden Töne laut, die in jedem aufmerksamen Beobachter die berechtigte Befürchtung aufkommen liessen, dass sich hier „ein Nährboden für Radikalismus und Militarismus bildet.“, wie die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ 1961 bemerkte.

Wieviel Vertriebene Erika Steinbach hinter sich hat, weiß niemand genau. Bei der letzten statistischen Erhebung im Jahr 1974 wurden 9,4 Millionen Vertriebene gezählt. Mitte der achtziger Jahre gehörte nach einer Allensbach-Umfrage nur ein Prozent der Vertriebenen einer Landsmannschaft an. Folglich gab es schon damals nur rund 94.000 organisierte Vertriebene. Trotzdem spricht der Bund der Vertriebenen seit 20 Jahren ungerührt von zwei Millionen Mitgliedern. Auch wenn man einen gewissen Zuwachs aus der Ex-DDR in Rechnung stellt, ist das schwer zu verstehen. Wie mir das Bundesinnenministerium und das Statistische Bundesamt auf Anfrage mitteilten, existiert nicht einmal eine Statistik, aus der sich die derzeitige Gesamtzahl der Vertriebenen herleiten lässt.

Hätten die Menschen nicht ihr sprichwörtlich kurzes Gedächtnis, wäre Erika Steinbach schon früher an ihre Grenzen gestoßen. Kein anderes Nachkriegsereignis ist nämlich bereits so oft und so ausführ-

⁴ Vgl. Bundesministerium für Vertriebene (Hg.): Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, S. 23 E

⁵ Marion Frantziach: Die Vertriebenen, Dietrich Reimer Verlag Berlin 1987, S. 51

lich dokumentiert worden wie die Vertreibung. Bereits 1952 erschien zum Beispiel in vierter Auflage das 600 Seiten starke Werk „Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen“. Das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte gab in den Jahren 1954 bis 1961 eine mehrbändige Dokumentation zur Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa heraus, die 2004 neu verlegt wurde. Bei jeder Wahl spielte das Thema eine Rolle und die Betroffenen selbst erinnern seit einem halben Jahrhundert auf ihren Pfingsttreffen an ihr Schicksal, ganz zu schweigen von den rund 500 Denkmälern zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung, die es bereits 1960 in Westdeutschland gab.⁶

Nach all dem außenpolitischen Schaden, den Frau Steinbach samt Anhang mit der Idee eines Zentrums gegen Vertreibungen angerichtet hat, scheinen die Weichen neu gestellt worden zu sein. Die Regierung selbst will eine Dokumentationsstätte einrichten, ohne dass Frau Steinbach dabei das große Wort führt. Die vorgesehenen Gremien sollten neben den bekannten Darstellungen der Vertreibungsgeschichte auch neue Forschungsergebnisse berücksichtigen, wie zum Beispiel das bei Peter Lang im Internationalen Verlag der Wissenschaften erschienene Werk „Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte“.⁷ Und sie sollten ihr Augenmerk auf deutsche Zeitzeugen richten, denen die Erinnerung an die Vorgeschichte der Vertreibung - im Gegensatz zu den Epigonen der Fünften Kolonne Hitlers - nicht abhanden gekommen ist.

(Vortrag am 30. Januar 2008 in Bremen, Gewerkschaftshaus, Bahnhofplatz 22-28. Veranstalter: VVN-Bund der Antifaschisten, DGB-Jugend, Bremer Friedensforum.)

⁶Tobias Weger, in *Bohemia*, Bd.45, Heft 2, 2004, S.466

⁷Hg. Hans Henning Hahn, Oldenburg